

Aktuelle Post aus dem Kreistag (3)



16. September 2021

Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir berichten von der Kreistagssitzung am 15. September 2021. Die Konstituierung des Kreistags wurde dieses Mal abgeschlossen. Eine wichtige Wahl stand aber noch auf der Tagesordnung: Die Wahl zur XVII. Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbands. DIE LINKE. war dort bisher mit einer 5-köpfigen Fraktion vertreten. Der LWV ist für die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in Hessen zuständig und damit ein wichtiges sozialpolitisches Gremium. Wir würden natürlich gern dort unsere kritische Arbeit fortsetzen. Doch weil zu unserem Wahlbezirk noch andere Kreistage gehören, erfahren wir das Ergebnis erst im Oktober und werden dann berichten.

Nur ein Antrag der Linken wurde in dieser Sitzung behandelt: Eine Weihnachtsbeihilfe von 50 Euro für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Die anderen Anträge sind in den Ausschüssen verblieben und stehen im Oktober zur Abstimmung.

Der Haushalt für 2022/23 sollte eigentlich eingebracht werden, doch der Kämmerer erbat sich mehr Zeit. Die Mehrkosten aus der Coronazeit sind noch nicht ermittelt.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Antrag DIE LINKE.: Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien
2. Änderungsantrag DIE LINKE.: Regionalpartnerschaft mit Israel
3. Antrag DIE LINKE.: Öffnung des Jobcenters Wetterau für die Hilfesuchenden
4. Antrag der Grünen: Sachstand Katastrophenschutz
5. Anträge der Grünen: Wetteraukreis soll klimaneutral werden: Fuhrpark, Gebäude
6. Antrag der Grünen: Tierheim Wetterau endlich sanieren
7. AfD-Anträge: Abwahl des Kreistagsvorsitzenden, Ende der Corona-Pandemie und Abschaffung der Maskenpflicht
8. Anlagerichtlinien des Wetteraukreises
9. Akteneinsichtsausschuss zur Schulsozialarbeit
10. Anfrage DIE LINKE. zu LGBTIQA*/Queer

RÜCKLICHT



Sonja Burmester

Die Linke Sonja Burmester aus Friedberg wurde zur ehrenamtlichen Richterin am Verwaltungsgericht Gießen gewählt. Sie ist eine der 26 Ehrenamtlichen, die der Wetteraukreis entsendet.

Der Rote Laden zieht um

Der Rote Laden wechselt seinen Standort. Mit einem weinenden und einem lachenden Auge ziehen wir nach zehn Jahren aus unserem Domizil in der Friedberger Usagasse 23 aus. Wir haben gegenüber ein schönes Ladenlokal gemietet. Ab 1. Oktober 2021 finden Sie DIE LINKE. in der Usagasse 26.



1. September:

Antikriegstag

DIE LINKE. Wetterau beteiligte sich an der Demonstration in Frankfurt. Wir wollen keine Verdopplung des Rüstungsetats und keine Drohnen für die Bundeswehr!



Antrag DIE LINKE.: Eine Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien

Seit einigen Jahren beantragen wir im Kreistag eine Weihnachtsbeihilfe von 50 Euro für Kinder aus Familien, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen oder berechtigt sind, Zuschüsse aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in Anspruch zu nehmen.

Seit Jahren wird dieser Antrag mit hanebüchenden Begründungen abgelehnt.

Warum stellen wir den Antrag so hartnäckig?

Wir finden, dass sich der Kreistag diesem Skandal stellen muss: Inzwischen lebt jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut. 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche müssen von staatlichen Leistungen zur Existenzsicherung leben. Davon 1,6 Millionen Kinder, obwohl ihre Eltern erwerbstätig sind!

Nicht umsonst setzen sich inzwischen viele gesellschaftliche Gruppen – zum Beispiel UNICEF, der Kinderschutzbund, Caritas, Diakonie, der Paritätische Wohlfahrtsverband, der VDK, der DGB, der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte und noch viele mehr - für eine Kindergrundsicherung ein. Und bei den Parteien sind das Grüne und Linke.

Weil aber SPD und CDU – die ja schließlich an der Regierung waren und vielleicht auch zukünftig sind – lieber große Vermögen steuerlich verschonen und Milliarden Coronahilfen an große Konzerne zahlen, die diese dann an ihre Aktionäre ausschütten, oder weil sie lieber den Rüstungsetat verdoppeln wollen, gibt es keine Kindergrundsicherung!

Soll weiterhin lieber ein Fünftel der Kinder in unserem Land arm sein?

Das ist unser Antrag mit der ausführlichen Begründung:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1352-weihnachtbeihilfe-f%C3%BCr-kinder-aus-familien-mit-geringem-einkommen.html>

Das ist unsere Rede zum Antrag:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/reden/1371-weihnachtsbeihilfe-f%C3%BCr-kinder-aus-einkommensschwachen-familien.html>

Änderungsantrag DIE LINKE.: Regionalpartnerschaft mit Israel

Die FDP hatte in der Julisitzung des Kreistags einen Antrag eingebracht: Der Wetteraukreis soll mit einer Region in Israel eine Partnerschaft eingehen. Freudig begrüßt wurde das von der AfD.

Eine komplizierte Gemengelage: Einerseits ist eine solche Partnerschaft anzustreben, denn Begegnungen helfen gegen Vorurteile und sicher auch gegen Antisemitismus. Andererseits haben in Israel derzeit leider rechte Parteien das Sagen und die Reaktion der AfD zeigt: Das macht Kontakte schwierig. Zumindest sollte man darauf achten, mit wem Kontakte geknüpft werden.

Wir haben deswegen einen Änderungsantrag eingebracht. DIE LINKE. begrüßt Kontakte nach Israel, die Völkerverständigung und Frieden befördern. Wir schlagen vor, eine Partnerschaft mit einer Initiative einzugehen, die Deeskalation und das friedliche Zusammenleben von Israelis und Palästinenser:innen befördert. Weitere Eskalationen – seien sie militärisch, durch

Ausgrenzung oder durch eine nationalistische Siedlungspolitik – werden nicht zu einer Lösung der Konflikte in Israel bzw. der Region führen. Die Gesellschaft ist hochgradig polarisiert. Ob es einer zukünftigen Regierung gelingen kann, das Land zu stabilisieren, ist derzeit unklar. Aber auf was es in jedem Fall ankommt, ist eine aktive und friedensorientierte Zivilgesellschaft. Diese kann und sollte Einfluss auf die Politik erreichen. Deshalb sprechen wir uns für eine Partnerschaft zu einem Friedensprojekt aus, in dem Israelis und Palästinenser zusammenarbeiten.

Einige mögliche Gruppen haben wir in unserem Antrag vorgeschlagen:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1350-%C3%A4nderungsantrag-partnerschaft-mit-israel-muss-frieden-und-v%C3%B6lkerverst%C3%A4ndigung-zum-ziel-haben.html>

Die Anträge liegen derzeit im Hauptausschuss. Die meisten Parteien wollten eine Partnerschaft mit Israel eingehend diskutieren. Es wurde eine extra Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die gemeinsam einen Vorschlag entwickeln soll.

Antrag DIE LINKE.: Öffnung des Jobcenters für Hilfesuchende

Wir haben in der letzten Post aus dem Kreistag über diesen Antrag bereits berichtet. Zur Erinnerung: Seit dem ersten Lockdown ist das Jobcenter und sein Eingangsbereich für Hilfesuchende geschlossen. Für viele Menschen ergeben sich dadurch kaum überwindbare Hürden. Laut Sozialgesetzbuch müssen die Jobcenter generell dafür sorgen, dass Grundsicherungsempfänger die ihnen zustehenden Leistungen umfassend und zügig erhalten. Auch eine Pandemie entbindet die Jobcenter nicht von der Pflicht, ihre Dienstgebäude für jeden zugänglich und barrierefrei zur Verfügung zu stellen (§ 17 SGB I). Zumindest der Eingangsbereich muss geöffnet sein. Hilfesuchende müssen Formulare abholen oder Unterlagen abgeben können. Das ist mit einem entsprechenden Hygienekonzept auch möglich. Der Wetteraukreis ist gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit Träger des Jobcenters und damit zuständig.

Dieser Antrag wurde inzwischen im Ausschuss für Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung JSFGG behandelt. Als Gast berichtete der Chef des Jobcenters Wetterau, Herr Schuld, dass das Jobcenter ab 1. September 2021 wieder für Hilfesuchende geöffnet sei. Der Ausschuss tagte Ende August und wir hatten noch keine Rückmeldungen von betroffenen Hilfesuchenden erhalten. Deswegen blieb der Antrag im Ausschuss und wir werden erst selbst prüfen, ob der Zugang zum Jobcenter wieder zufriedenstellend hergestellt ist.

Hier nochmal der Antrag im Wortlaut:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1337-eingangsbereich-des-jobcenters-endlich-%C3%B6ffnen-hilfe-muss-auch-in-der-pandemie-m%C3%B6glich-sein.html>

Antrag der Grünen: Sachstand Katastrophenschutz

Die Grünen stellten den Antrag, über den Katastrophenschutz im Wetteraukreis zu berichten. Mit zahlreichen Fragen soll der Stand der Vorkehrungen und der Ausstattung für den Ernstfall

untersucht werden. Angesichts der Mängel, die bei der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen deutlich wurden, ein sehr sinnvolles Ansinnen.

Die Koalition aus SPD und CDU hat einen eigenen Antrag nachgereicht. Auch sie wollen über den Katastrophenschutz im Wetteraukreis berichten – jedoch nicht im Detail.

Wir haben dazu angemerkt:

„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren, wir unterstützen den Antrag der Grünen. Er geht sehr konkret auf Problemstellungen ein, die im Ernstfall wichtig sind. Das tut der Antrag der Koalition nicht und dadurch kann es sein, dass ein allgemeiner Überblick im Ausschuss erfolgt und keine detailliertere Übersicht. Beim Antrag der Koalition erwarte ich jetzt eher eine Powerpointpräsentation mit dem IST-Zustand.

Würde jeder dieser im Grünen-Antrag genannten Punkte einer kritischen Wertung unterzogen, könnten eventuelle Unsicherheitsfaktoren ausgeschaltet werden. Und darauf kommt es beim Katastrophenschutz doch maßgeblich an: Dass die Vorkehrungen auch gut sind und funktionieren.

Bei der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zeigte sich zum Beispiel, dass die Menschen nicht rechtzeitig und nicht intensiv genug gewarnt worden sind.

Wenn uns solche Katastrophen aufrütteln und die bestehenden Systeme und Planungen gründlich untersucht werden, dann ist das zu begrüßen.

Meine Fraktion wird deswegen für den weitergehenden Grünen-Antrag stimmen.“

Der Antrag der Koalition wurde angenommen und wird im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss weiter beraten.

Anträge der Grünen: Fuhrpark des Wetteraukreises auf Elektromobilität umstellen und Neubauten klimaneutral errichten

Die Anträge animierten die Koalition aus SPD und CDU zu ziemlich formalistischen Gegenreden. Es sei gar nicht definiert, was „klimaneutral“ bedeute. Und außerdem sei der Wetteraukreis hier schon lange Vorreiter. Der Fuhrpark sei ja schon teilweise umgestellt auf E-Fahrzeuge. Selbst der zweite Kreisbeigeordnete fahre schon so ein E-Auto. Es wurden Beispiele angeführt, wo eine Turnhalle oder Schulneubauten bereits energiesparend errichtet worden sind. Die Bürgermeisterin von Ortenberg führte ihre kommunalen Projekte an und verwehrte sich gegen die Ansicht, der Wetteraukreis hänge hinterher beim Klimaschutz. Dass Ortenberg ein Leuchtturmprojekt und keinesfalls die Regel ist, ließ sie nicht gelten. So wurde zuletzt der Änderungsantrag der Koalition angenommen: Der Kreisausschuss soll berichten, „welche Kriterien für Neubauten, insbesondere beim Schulbau zu berücksichtigen sind“. Und es ist zu prüfen, „inwieweit und mit welchen Auswirkungen Neu- und Erweiterungsbauten künftig als ‚klimaneutrale Gebäude‘ geplant und errichtet werden können. In diesem Zusammenhang soll insbesondere die Definition für den Begriff ‚klimaneutrales Gebäude‘ konkretisiert werden.“

Das ist eine alte bewährte Taktik: Prüfen, prüfen, berichten, berichten...

Antrag der Grünen: Tierheim Wetterau endlich sanieren

„Das Quarantänehaus im Tierheim Wetterau ist ein Sanierungsfall. Es muss ein Neubau der Anlage her. Wir möchten, dass sich der Wetteraukreis für eine schnelle Lösung einsetzt und seinerseits Mittel für die Planung und Errichtung des Gebäudes bereitstellt.

Mit dem baufälligen Quarantänehaus allein ist es aber nicht getan. Das Hundehaus, im Grunde die gesamte Anlage ist in die Jahre gekommen und bedarf der Sanierung“, schreiben die Grünen.

Die schlechte bauliche und auch finanzielle Situation des Tierheims ist schon lange bekannt. Tierschutz ist auch eine verpflichtende gesetzliche Aufgabe. Aber es kostet Geld.

Wir sind dafür, dass im kommenden Haushalt die Ausgaben für den Tierschutz erhöht werden und haben den Antrag der Grünen unterstützt.

Er ist nun im Ausschuss gelandet.

AfD-Anträge: Abwahl des Kreistagsvorsitzenden, Ende der Corona-Pandemie und Abschaffung der Maskenpflicht

Der Kreistagsvorsitzende Häuser ist Bundestagsdirektkandidat der CDU. Die Wetterauer Zeitung berichtete über eine Podiumsdiskussion im Junity, in der Häuser Stellung gegen die AfD bezogen hatte: Die AfD-Fraktion im Kreistag sei immer noch zu groß.

Das nahm die AfD zum Anlass, seine Abwahl zu fordern. Er habe seine Neutralitätspflicht als Kreistagsvorsitzender verletzt. Er habe auch nicht gegen Angriffe auf Wetterauer AfD-Mitglieder Stellung bezogen. Dabei würden diese immer wieder „aus dem linksradikalen Milieu“ drangsaliert und bedroht.

Der Kreistag lehnte eine Dringlichkeit dieses Antrags ab. Wer wurde nicht behandelt. Wir vermuten also, er wird als regulärer Antrag im Oktober wieder im Kreistag auftauchen. Ob die AfD bis dahin den Unterschied zwischen Kreistagsvorsitzendem und Bundestagsdirektkandidat versteht, darf bezweifelt werden.

Großen Unterhaltungswert hatten auch die beiden Corona-Anträge. Das Ende der Corona-Pandemie wurde eingefordert. Der Kreistag soll sich beim Landtag für die Aufhebung der Schutzverordnungen einsetzen. Und die Maskenpflicht soll endlich fallen.

Denn Maskentragen schädigt die Gesundheit – insbesondere der Kinder – nachhaltig. Medizinisch sei das nicht zu vertreten, wenn eine Maske stundenlang getragen wird.

Jetzt endlich haben auch wir verstanden, warum es einen Mangel an Ärzten und Krankenschwestern gibt: Weil diese stundenlang im Beruf eine Maske tragen müssen, sterben sie wahrscheinlich viel zu früh... (Ironie off).

Anlagerichtlinien des Wetteraukreises

Der Wetteraukreis legt Geld kurzfristig und mittelfristig an, um flüssig zu bleiben.

Schon in der letzten Kreistagssitzung wurden die Anlagerichtlinien kritisiert. Denn sie enthielten einen Passus, dass auch in Immobilienfonds investiert werden kann.

Im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss wurde dann nach längerer Debatte dieser Passus gestrichen. Grüne und auch wir verwiesen darauf, dass Anlagen in Immobilienfonds Spekulationen mit Wohnraum befördern. Das darf nicht Absicht des Wetteraukreises sein! Zumal nach Aussagen des Kämmerers, Herrn Walther, derzeit keine längerfristigen Anlagen getätigt werden.

Die FDP unternahm im Kreistag nochmal einen Versuch, die Investitionen in Immobilienfonds zu retten. Man könne dort gut verdienen und das solle sich der Wetteraukreis doch nicht entgehen lassen. Zum Glück sah das die Mehrheit anders.

Akteneinsichtsausschuss zur Schulsozialarbeit

Auf Antrag der Grünen wird es einen Akteneinsichtsausschuss zur Neuvergabe der Schulsozialarbeit geben.

Zur Erinnerung: Der Wetteraukreis hatte nach einer Ausschreibung den RDW als Träger für die Schulsozialarbeit ausgewählt. Anderen Trägern wurde gekündigt. Die Schulsozialarbeiter:innen, die damit arbeitslos wurden, konnten sich beim RDW bewerben. Dort werden natürlich Stellen aufgebaut. In der Presse wurde berichtet, dass eine Lohneinbusse von einigen Hundert Euro hingenommen werden müsste.

Wir haben zwei Anfragen gestellt, weil wir die Ausschreibekriterien erfragen wollten und besonders auch den Tarif. Leider wurde gerade eine Aussage zum Tarif verweigert.

Wer die Anfragen nochmal nachlesen möchte, findet sie hier:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1338-dumpingl%C3%B6hne-bei-der-wetterauer-schulsozialarbeit.html>

und

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1341-schulsozialarbeit-die-frage-zur-tariflichen-eingruppierung-wurde-nicht-beantwortet.html>

Wir begrüßen den Akteneinsichtsausschuss und werden weiter berichten.

Anfrage DIE LINKE. zu LGBTIQ*/Queer

Welche Hilfen gibt es im Wetteraukreis für LGBTQA*-Personen? Das wollte die Fraktion DIE LINKE. mit einer Anfrage erfahren. Die Antworten zeigen, dass es keine ausreichenden Beratungs- und Hilfsangebote im Wetteraukreis gibt. Auch gibt es kaum Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte oder Angestellte des Wetteraukreises.

Die Anfrage und die Antworten dazu sind hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1356-welche-hilfen-gibt-es-im-wetteraukreis-f%C3%BCr-lgbtqa-personen.html>

Wir werden an dem Thema dran bleiben und Anträge zur Verbesserung stellen.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.
Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber